

Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Groß-Umstadt

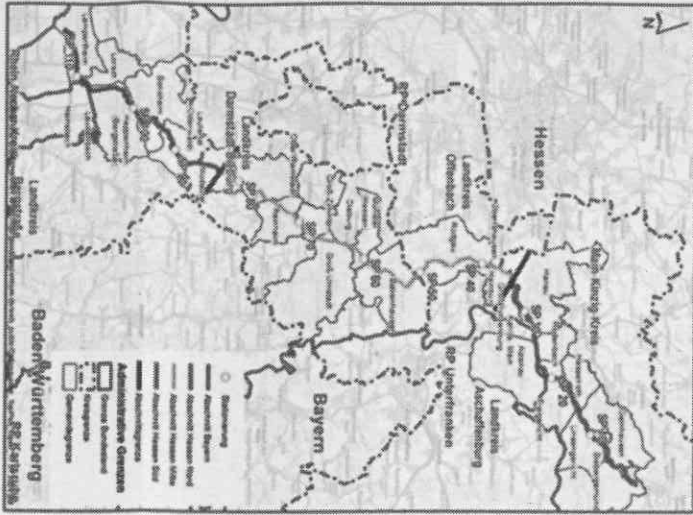
Freitag, 25. Juli 2025

Bekanntmachung

Planfeststellungsverfahren gemäß §§ 43 ff. Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) i. V. m. § 73 ff. Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz (HwVfG) für den geplanten Neubau einer Erdgastrans-
portleitung (SPO), hier: Abschnitt Hessen-Mitte (PLB) von der Ortslage Klein-Auhaim (Stadt Hanau) bis zur Ortslage Herchenrode (Gemeinde Modautal);

- Anhörungsverfahren

Die terraneis bw GmbH plant für einen zukunftsicheren Ausbau ihres bestehenden Erdgasnetzes den Neubau der Erdgasstrans-
**portleitung SPO mit einer Gesamtlänge von 117 km von Wirthheim/Biebergemünd bis Lampertheim in überwiegender Parallelführung zur bereits vorhandenen Mittel-
Deutschland-Anbindungsleitung (MIDAL). Das Gesamtvorhaben umfasst vier Planfeststellungsabschnitte, wovon drei Abschnitte in Hessen liegen. Hessen-Nord von Wirthheim/Biebergemünd bis Klein-Auhaim/Hanau (PL.A), Hessen-Mitte von Klein-Auhaim/Hanau bis Herchenrode/Modautal (PL.B), Hessen-Stüd von Herchenrode/Modautal bis Lampertheim (PL.C) und den Abschnitt Bayern (PL.D). Für die SPO ist eine Nennweite von DN 1.000 sowie eine Druckstufe von PN 90 vorgesehen; die Leitung soll zudem wasserstoffready errichtet werden.**



28.07.2025 bis 27.08.2025

zur allgemeinen Einsichtnahme von den vom Vorhaben betroffenen Kommunen mittels Verlinkung auf die Internetseite des Regierungspräsidiums Darmstadt zugänglich gemacht. Über folgenden Link auf der Internetseite der Stadt Groß-Umstadt können die Planunterlagen für den Abschnitt PLB Hessen – Mitte der SPO eingesehen werden:
<https://www.gross-umstadt.de/leben-in-gross-umstadt/aktuelles/bekanntmachungen/>

Zeitgleich können die Planunterlagen direkt auf der Homepage des Regierungspräsidiums Darmstadt unter <https://rp-darmstadt.hessen.de/> – Rubrik: Bekanntmachungen → Energieetze/28072025-neubau-der-spassart-odenwald-leitung-spo-hier-abschnitt-hessen-mitte-plb

Link aufrufen werden:
<https://rp-darmstadt.hessen.de/veroeffentlichungen-und-digitales/offentliche-bekanntmachungen/energieetze/28072025-neubau-der-spassart-odenwald-leitung-spo-hier-abschnitt-hessen-mitte-plb>

1. Alle, deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, können sich bis **02.10.2025** (maßgeblich ist der Tag des Eingangs, nicht das Datum des Poststempels) beim Regierungspräsidium Darmstadt (Anhörungsbehörde), Dezernat III 33.1, Wilhelmienstraße 1-3, 64283 Darmstadt (Postanschrift: Regierungspräsidium Darmstadt, 64278 Darmstadt) oder bei den auslegenden Städten und Gemeinden Babenhäusen, Dieburg, Groß-Umstadt, Groß-Zimmern, Hainburg, Hanau, Modautal, Münster, Oberthausen, Ober-Ramstadt, Otzberg, Reinheim und Rodgau schriftlich oder zur Niederschrift zu den Planunterlagen äußern und Einwendungen erheben.

Äußerungen und Einwendungen müssen den Namen und die Anschrift lesbar enthalten, den geltend gemachten Belang und das Maß der befürchteten Beeinträchtigung erkennen lassen sowie unterschriften sein. E-Mails ohne qualifizierte Signatur erfüllen das Schriftformerfordernis nicht. Bei der Beeinträchtigung von Grundstücksnummern soll der jeweilige Flur, die Flurstücksnummer und die Gemarkung des betroffenen Grundstückes angegeben werden.

Äußerungen und Einwendungen sind dem Vorhabensträger und den von ihm Beauftragten zur Verfügung zu stellen, um eine Einwendung zu ermöglichen. Diejenigen, die Einwendungen erheben, können gemäß § 43a Satz 1 Nr. 2 EnWG verlangen, dass hierfür Name und Anschrift unkenntlich gemacht werden, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Verfahrens nicht erforderlich sind.

Diese Bekanntmachung dient auch der Benachrichtigung der Vereinigungen nach § 73 Abs. 4 Satz 5 HwVfG.

2. Nach Ablauf der Einwendungs- und Äußerungsfrist, also mit Ablauf des 02.10.2025, sind Einwendungen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, für das Verwaltungs- und Klageverfahren ausgeschlossen (§ 43a EnWG i. V. m. § 73 Abs. 4 Satz 3 HwVfG i. V. m. § 21 Abs. 4 Satz 1 UVPG). Diese Rechtsfolge gilt auch für Stellungnahmen der Vereinigungen (§ 73 Absatz 4 Satz 5 HwVfG).

3. Bei Eingaben, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftsätzen unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite eine Unterzei-
nerin oder ein Unterzeichner mit ihrem bzw. seinem Namen, Beruf und Anschrift als Vertreterin bzw. Vertreter der übrigen Unterzeichnenden zu benennen (§ 17 Abs. 1 HwVfG). Andernfalls können diese Einwendungen unberücksichtigt bleiben (§ 17 Abs. 2 HwVfG).

Es wird darauf hingewiesen, dass Einwendungen auch dann erhoben werden müssen, wenn zuvor eine Beteiligung im Rahmen der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 25 Abs. 3 HwVfG stattgefunden hat.

4. Auf Verlangen eines Beteiligten, das während der Dauer der Auslegung, an das Regierungspräsidium Darmstadt oder die Kommunen Babenhäusen, Dieburg, Groß-Umstadt, Groß-Zimmern, Hainburg, Hanau, Modautal, Münster, Oberthausen, Ober-Ramstadt, Otzberg, Reinheim oder Rodgau zu richten ist, wird eine alternative, leicht zu erreichende Zugangsverfügbarkeit zu den Planunterlagen zur Verfügung gestellt; dies ist in der Regel die Übersendung eines gängigen elektronischen Speichermediums, auf dem die auslegenden Unterlagen gespeichert sind (§ 43a Satz 3 EnWG).

5. Die Anhörungsbehörde kann auf eine Erörterung im Sinne des § 73 Abs. 6 HwVfG und des § 18 Abs. 1 S. 4 UVPG gem. § 43a Satz 1 Nr. 3 EnWG verzichten. Ein Erörterungstermin findet gemäß § 43a Satz 1 Nr. 3 EnWG zudem nicht statt, wenn

- Einwendungen gegen das Vorhaben nicht oder nicht rechtzeitig erhoben worden sind,
- die rechtzeitig erhobenen Einwendungen zurückgenommen worden sind,

Was uns die Raute verrät

„Wir schaffen das!“ So kommentierte die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel auf einer Pressekonferenz am 31. August 2015 die Flüchtlingskrise in Deutschland. Das Zitat (verkürzt wiedergegeben) war seitdem im aller Munde. Einige Fragen blieben jedoch offen: Was schaffen wir? Wie schaffen wir das? Wer schafft das? Ähnlich äußerte sich Barack Obama 2008: „Yes, we can!“ Hier fehlt sogar das Objekt im Satz.

Wenn die Kanzlerin Reden hielt, bildeten ihre Hände oft die Form einer Raute. Der bekannte Pantomime Sami Molcho deutete die Geste so: Die Parreistochter wirkt eher zugeklopft. Ihre Fingerstellung symbolisiert Ehrgeiz und Willenskraft. Widerstände werden beiseite geschoben. Der Rhombus ist eine weibliche Gebärde. Männer verschränken die Hände.

Sollten Sie je mit der oben genannten Aussage konfrontiert werden, achten Sie genau auf die Hände Ihres Gegenübers.

Die Vertretung durch eine bevollmächtigte Person ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen, die zu den Akten der Anhörungsbehörde zu geben ist.

Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden.

Der Erörterungstermin ist **nicht** öffentlich.

7. Die durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Erhebung von Einwendungen und Stellungnahmen, Teilnahme am Erörterungstermin und durch Vertreterbestellung entstehenden Kosten werden nicht erstattet.

8. Entschädigungsansprüche, soweit über sie nicht in der Planfeststellung dem Grunde nach zu entscheiden ist, werden in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt.

9. Über die Einwendungen und Stellungnahmen wird nach dem Abschluss des Anhörungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörde entschieden. Gemäß § 43b Abs. 1 Nr. 3 EnWG wird die Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) dem Vorhabensträger zugestellt. Im Übrigen wird sie öffentlich bekanntgegeben, indem der Planfeststellungsbeschluss für die Dauer von zwei Wochen auf der Internetseite der Planfeststellungsbehörde mit der Rechtsbehelfsbelehrung zugänglich gemacht wird. Zusätzlich werden in örtlichen Tageszeitungen, die in dem Gebiet, auf das sich das Vorhaben voraussichtlich auswirken wird, verbreitet sind, der verfügbare Teil und die Rechtsbehelfsbelehrung des Planfeststellungsbeschlusses sowie ein Hinweis auf die Zugänglichkeit im Internet, bekanntgemacht.

10. Vom Beginn der Auslegung des Planes dürfen auf den vom Plan betroffenen Flächen bis zu ihrer Inanspruchnahme wesentlich wertsteigernde oder die geplanten Baumaßnahmen erheblich erschwernende Veränderungen nicht vorgenommen werden; vielmehr treten die Beschränkungen des § 44a EnWG (Veränderungssperre) in Kraft. Darüber hinaus steht ab diesem Zeitpunkt dem Träger des Vorhabens an den vom Plan betroffenen Flächen ein Vorkaufrecht zu (§ 44a Abs. 3 EnWG).

11. Da das Vorhaben VVP-pflichtig ist, wird darauf hingewiesen,

- dass die für das Verfahren und die Entscheidung zuständige Behörde das Regierungspräsidium Darmstadt ist,
- dass über die Zulässigkeit des Verfahrens durch Planfeststellungsbeschluss entschieden werden wird,
- dass die ausgelegten Planunterlagen die nach § 16 UVPG notwendigen Angaben enthalten und
- dass die Anhörung zu den ausgelegten Planunterlagen auch die Einbeziehung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens gemäß § 18 Abs. 1 UVPG darstellt,
- dass weitere Informationen, die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens von Bedeutung sein können und die der zuständigen Behörde erst nach Beginn der Auslegung vorliegen, der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinforma-

Auf Streife in Groß-Umstadt. Ein Fall für Martin S. Horn.



die das Vorhaben betreffen, zur Einsicht für die Öffentlichkeit im Rahmen des Beteiligungsverfahrens ausgelegt. Dabei handelt es sich insbesondere um folgende im Inhaltsverzeichnis der Planunterlagen aufgeführten Unterlagen:

- Teil A: Erläuterungsbericht
- Teil D: VVP-Bericht, Landschaftsfliegerischer Begleitplan, Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag, Natura 2000 – Verträglichkeitsuntersuchung, Fachbeitrag Wasserrahmenrichtlinie
- Teil E: wasserrechtliche, naturschutzfachliche und forstrechtliche Anträge
- Teil F: Fachgutachten Bodenschutz, schall- und lärmschutztechnisches Gutachten, geologisches und hydrogeologisches Gutachten, Sicherheitsstudie, Kartierbericht

13. Die Planunterlagen und die örtlichen Bekanntmachungen sind für die Dauer des Verfahrens über das VVP-Portal der Länder (<https://www.uvp-verbund.de>) zugänglich.

14. Aufgrund der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung im o.g. Planfeststellungsverfahren die erhobenen Einwendungen bzw. abgegebenen Äußerungen/Stellungnahmen einschließlich der darin mitgeteilten personenbezogenen Daten ausschließlich für das Planfeststellungsverfahren erhoben, gespeichert und verarbeitet werden. Nähere Informationen zum Datenschutz in Planfeststellungsverfahren können unter https://rp-darmstadt.hessen.de/sites/rp-darmstadt.hessen.de/files/2024-08/hilf_33.1_betroffenheitsinformation_nach_art-13_14_ds-gvo.pdf eingesehen werden.

Regierungspräsidium Darmstadt
RPDA - Dez. III 33.1-78 b 07.02/1-2024

Der Magistrat der Stadt Groß-Umstadt,
Bürgermeister René Kirch

Haltverbot

Absolutes Haltverbot „Goethestraße“

Aufgrund von Arbeiten im Kindergarten kommt es ab Montag, den 28.07.2025 bis voraussichtlich Freitag, 04.08.2025 zu einem absoluten Haltverbot in der „Goethestraße“ im Bereich der Kindertagesstätte.

Bitte beachten Sie die Beschilderung. Vielen Dank für Ihr Verständnis.

Der Bürgermeister
als örtliche Ordnungsbehörde
gez. René Kirch, Bürgermeister

Glasfaserarbeiten

Verschiedene Sperrungen im Bereich Groß-Umstadt Ost

Aufgrund von Glasfaserarbeiten werden ab Montag, 28.07.2025 bis voraussichtlich Freitag, 08.08.2025 nacheinander mehrere Straßen in Groß-Umstadt Ost vollgesperrt werden. Betroffen sind folgende Straßen: An der Sandkaute, Im Steingerück, Hofrat-Steiner-Weg, Klein-Umstädter Weg, Ziegelwaldweg und Prof.-Völzing-Ring.

Bitte beachten Sie die Beschilderung. Vielen Dank für Ihr Verständnis.

Der Bürgermeister